



Alternativantrag

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Kinderarmut beenden - gesellschaftliche und soziale Teilhabe von Kindern und jungen Menschen gewährleisten“ (Drucksache 20/781 (neu))

Kinderarmut wirksam bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Armut ist kein hinnehmbarer Zustand. Die Bekämpfung von Armut hat einen hohen Stellenwert in der Landespolitik Schleswig-Holsteins. Besonders Besorgnis erregend ist die hohe Quote an Kinderarmut. Armut kann sich im Kindes- und Jugendalter auf die langfristige Gesundheit, die Bildungsmöglichkeiten und Teilhabechancen und somit auf die allgemeinen Entwicklungschancen eines Kindes auswirken.

Kinderarmut ist ein strukturelles Problem, welches durch die Energiekrise und Inflation zu verschärfen droht. Bei Maßnahmen gegen Kinderarmut ist es wichtig auch andere Faktoren, wie beispielsweise Sprachbarrieren oder Behinderungen mit zu berücksichtigen.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Kinderarmutskonferenz durchzuführen und unter Beteiligung der relevanten persönlich wie professionell betroffenen Akteure und Akteurinnen an möglichen neuen Initiativen zur Bekämpfung von Kinderarmut zu arbeiten sowie ein noch umfassenderes Bild der Situation im Land zu erhalten.

Der Landtag bittet die Landesregierung, sich im Bund für eine wirksame Reform der staatlichen Transferleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts von Kindern einzusetzen, die durch eine Bündelung und einen erleichterten Zugang die Teilhabe an diesen Leistungen erleichtert, die Möglichkeit zur Aufnahme von Arbeit und Motivation in Familien steigert, Familien finanziell angemessen unterstützt und dadurch Kinderarmut wirksam bekämpft, beispielsweise durch eine Kindergrundsicherung. Hierzu gehört auch die Teilhabe an Bildung, Freizeit, Sport

und Kultur. Das System der Bildungs- und Teilhabegutscheine wird zu wenig genutzt. Daher sollte auch geprüft werden, wie bisherige Leistungen noch besser gebündelt und effizienter gestaltet werden können. Die soziale Teilhabe sollte zielgerichtet, direkt und bürokratiearm gewährleistet werden.

Der Landtag begrüßt die Studienstarthilfe Schleswig-Holsteins für Studierende aus Familien mit geringen Einkommen und fordert die Landesregierung auf, eine Anhebung des Maximalalters für Berechtigte zu prüfen. Der Landtag unterstützt das Vorhaben des Bundes, die Einführung eines elternunabhängigeren Bafögs voranzubringen und fordert die Landesregierung auf, sich im Bund für eine zeitnahe Umsetzung einzusetzen.

Eine der größten Herausforderungen in Kindertageseinrichtungen und bei der Ausweitung des Angebots ist aktuell der Fachkräftemangel. Der Landtag begrüßt daher die Fachkräfteinitiative der Landesregierung, die KiTas darin unterstützt, ausreichend Fachkräfte für eine Aufstockung des Angebots zu gewährleisten und die Ausbildungsbedingungen von Menschen in erzieherischen Berufen zu verbessern. Dafür hat die Landesregierung einen Personalgüternfonds geschaffen und die Fachkräfteinitiative auf den Weg gebracht. Der Landtag begrüßt darüber hinaus die Ausweitung der Sozialermäßigung in Kindertageseinrichtungen im Rahmen des „8-Punkte-Programms“ und bittet die Landesregierung, die Wirksamkeit der Maßnahme zu prüfen und zu untersuchen, welche Bedarfe sich zur Entlastung der Eltern über den Sommer hinaus ergeben.

Auch die Fortschreibung des Perspektivschulprogramms ist ein wichtiger Baustein zur Unterstützung von Kindern.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung den Aufbau kommunaler Präventionsketten weiter voranbringt. Bereits jetzt stehen hierfür Mittel im Haushalt zu Verfügung. Der Landtag bittet die Landesregierung die entsprechenden Modellvorhaben zeitnah auf den Weg zu bringen.

Der Landtag setzt sich für eine gut ausgestattete Jugendarbeit und die Fortführung sowie eine Vereinfachung der Jugendferienwerksrichtlinie ein. Für diesen Zweck wurden zusätzliche Mittel in dem Landeshaushalt bereits eingestellt.

Darüber hinaus bittet der Landtag die Landesregierung, auch im Bereich des sozialen Wohnungsraums sowie in Gesprächen mit den Kommunalen Landesverbänden das Thema Regional- und Stadtentwicklung als Teilstrategie der Bekämpfung von Kinderarmut voranzubringen.

Cornelia Schmachtenberg
und Fraktion

Nelly Waldeck
und Fraktion